

tion technique dont la solution rentre dans la compétence souveraine de l'instance cantonale. L'autorité de surveillance neuchâteloise ayant tranché cette question affirmativement, le Tribunal fédéral ne peut revoir cette décision.

Il convient toutefois de relever une circonstance particulière à la présente cause. Pour résoudre la question de savoir quels outils étaient indispensables au recourant pour exercer sa profession, l'instance cantonale s'est basée sur un rapport de MM. Thomas et Ritschard. Or ce rapport n'a pas été rédigé sur l'ordre de l'autorité de surveillance, mais sur la simple demande du créancier Haenggi, qui voulait l'utiliser à l'appui de sa plainte dirigée contre la décision de l'office des faillites. Aujourd'hui, le recourant produit une déclaration de Thomas qui conteste avoir signé un rapport d'expertise et qui ajoute que l'outillage laissé au recourant, sur la base du prétendu rapport, est insuffisant pour « arriver à effectuer un travail si minime soit-il ».

Cette pièce n'ayant pas été soumise à l'instance cantonale, ne peut être prise directement en considération par le Tribunal fédéral. Elle n'en établit pas moins en fait que l'autorité inférieure de surveillance de la Chaux-de-Fonds peut avoir été induite en erreur sur l'opinion d'un expert qui déclare n'avoir pas été régulièrement consulté en cette qualité et qui manifeste actuellement une manière de voir opposée à celle que l'instance cantonale lui a attribuée au vu du prétendu rapport d'expertise.

Il se justifie, dans ces circonstances, de renvoyer la cause à l'autorité cantonale de surveillance pour qu'elle statue à nouveau en tenant compte, dans la mesure qu'elle estimera opportune, de la nouvelle déclaration du sieur Thomas et, éventuellement, en ordonnant, si elle le juge nécessaire, une nouvelle expertise pour déterminer l'outillage nécessaire au recourant pour exercer la profession d'artisan-serrurier.

Par ces motifs,

la Chambre des Poursuites et des Faillites  
prononce :

Le recours est admis dans ce sens que la cause est renvoyée à l'instance cantonale pour qu'elle statue à nouveau en tenant compte des considérants de l'arrêt du Tribunal fédéral.

#### 25. **Entscheid vom 14. April 1916 i. S. Toggweiler.**

Art. 806 ZGB, 102 und 152 SchKG. Streit über die Verteilung der eingezogenen Mietzinse unter die betreibenden Pfandgläubiger einerseits und die Pfändungsgläubiger andererseits. Kompetenz der Aufsichtsbehörden. Legitimation zur Beschwerde. Vorzeitige Auszahlung des Erlöses an die Pfandgläubiger.

A. — Die Rekurrentin Amalie Toggweiler-Kölliker erwirkte am 28. Januar 1915 für 10,000 Fr. Frauengutsforderung Anschluss an die gegen ihren Ehemann vollzogene Pfändung, Gruppe 176 des Betreibungsamtes Zürich 2. Diese Pfändung umfasste unter Anderem zwei Liegenschaften, nämlich das Haus Zähringerstrasse 1, zum Predigerhof in Zürich 1, und das Haus Huttenstrasse 52 in Zürich 6.

Beide Liegenschaften bildeten bereits den Gegenstand von Grundpfandbetreibungen: die erste seitens der Schweiz. Bodenkreditanstalt, die zweite seitens der Hypothekbank in Winterthur. Die Bodenkreditanstalt hatte am 19. Juni und 23. Oktober 1914, die Hypothekbank Winterthur am 8. Dezember 1914 Betreibung eingeleitet, wobei jeweilen die in Art. 152 SchKG vorgesehene Anzeige an die Mieter erlassen worden war. Weitere Grundpfandbetreibungen folgten hinsichtlich der Liegenschaft N° 1 am 12. Juni 1915 (Bodenkreditanstalt), 23. April 1915 (F. Bertschinger), 26. Juni und 5. Juli 1915 (Lebensversicherungs- und Rentenanstalt) und hinsicht-

lich der Liegenschaft N° 2 am 10. Mai 1915 (Hypothekarbank Winterthur), 5. März 1915 (Städt. Steuerbureau), 27. April und 14. Mai 1915 (E. Götz-Niggli).

Am 9. September und 7. Oktober 1915 wurden dann die Liegenschaften versteigert: die erste wurde vom Grundpfandgläubiger Bertschinger für 295,000 Fr., die zweite für 80,000 Fr. vom Pfandgläubiger Götz-Niggli erworben. Die Betreibungsämter Zürich 1 und 6 verteilten den Erlös — welcher weder am einen noch am anderen Ort den Betrag der Belastung überstieg — an die Grundpfandgläubiger, und zwar ausser dem Betrag des Angebotes für die Liegenschaften auch die seit Anhebung der Betreibungen eingegangenen Mietzinse. Diese betrug bei der Liegenschaft N° 1 6000 Fr. (bis 1. Januar 1915) plus 9306 Fr. 95 Cts. (vom 1. Januar bis 7. Oktober 1915); ersterer Betrag wurde in vollem Umfange der Bodenkreditanstalt zugewiesen, von letzterem 5000 Fr., während der Rest mit 4306 Fr. 95 Cts. dem Pfandgläubiger Bertschinger zufiel. Bei der Liegenschaft N° 2 wurden sämtliche bis zur Verwertung eingegangenen Mietzinse im Betrage von 2984 Fr. 10 Cts. dem Pfandgläubiger Götz-Niggli zugeteilt. Alle diese Beträge sind ausbezahlt.

Das Betreibungsamt Zürich 2 nahm hierauf in den «Kollokationsplan und Verteilungsliste» für die Pfändungsgruppe N° 176 vom 22. November 1915 die Verteilung des Liegenschaftenerlöses, wie sie die Betreibungsämter Zürich 1 und 6 im Pfandverwertungsverfahren vorgenommen hatten, auf.

B. — Die Rekurrentin beschwerte sich hierüber mit Bezug auf die Verwendung der Mietzinse, indem sie verlangte, dass bei der Liegenschaft in Zürich 1 die Mietzinse vom 1. Januar bis 1. April 1915 und bei der Liegenschaft in Zürich 6 von der dem Pfandgläubiger Götz-Niggli zugewiesenen Summe von 2984 Fr. 10 Cts. ein Betrag von 2410 Fr. 55 Cts. den Pfändungsgläubigern der Gruppe 176 zuzuteilen seien.

Das Bezirksgericht Zürich als untere Aufsichtsbehörde

wies die Beschwerde von der Hand, weil der Streit nicht in das Beschwerdeverfahren gehöre und die Pfandverwertungsbetreibungen abgeschlossen seien. Das Obergericht als kantonale Aufsichtsbehörde trat auf die Beschwerde wegen mangelnder Legitimation der Rekurrentin materiell ebenfalls nicht ein.

C. — Frau Toggweiler rekurriert gegen letzteren Entscheid an das Bundesgericht, mit dem Begehren, es sei auf die Sache einzutreten und es seien ihre Anträge vor erster Instanz gutzuheissen.

#### Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung:

1. — Es fragt sich in erster Linie, ob die Aufsichtsbehörden, insbesondere das Bundesgericht, zur Beurteilung der Sache zuständig seien. Streitig ist die Verteilung der eingezogenen Mietzinse unter die Pfandgläubiger einerseits, deren Pfandrecht kraft Art. 806 ZGB und 152 SchKG durch die Anhebung der Betreibung auf Grundpfandverwertung und die Anzeige an die Mieter auf die von diesem Zeitpunkt bis zur Verwertung auflaufenden Mietzinse erstreckt worden ist, und die Pfändungsgläubiger andererseits, indem die Pfändung eines Grundstücks nach Art. 102 SchKG auch dessen Früchte und sonstige Erträgnisse, unter Vorbehalt der den Grundpfandgläubigern daran zustehenden Rechte, erfasst. Bei dieser Konkurrenz zwischen Grundpfandgläubigern und Pfändungsgläubigern entsteht das Betreibungspfandrecht der letzteren mit der Pfändung, und es geht dem Pfandrecht der Gläubiger, die noch nicht Betreibung auf Verwertung des Grundpfandes angehoben haben, vor. Was daher an Mietzinsen verfallen ist, bevor der Grundpfandgläubiger Betreibung anhebt, bleibt den Pfändungsgläubigern, soweit es nicht etwa einem anderen Grundpfandgläubiger, der bereits Betreibung eingeleitet und die erforderliche Anzeige an die Mieter hatte ergehen lassen, verhaftet ist. Die Höhe des den Pfändungs-

gläubigern zukommenden Zinsbetroffnisses hängt also davon ab, in welchem Verhältnis der Erlös aus dem Grundstück einerseits und aus den Mietzinsen andererseits zur Deckung der Forderung der betreibenden Pfandgläubiger verwendet wird. Dabei handelt es sich überall um Fragen der Verteilung, die durch die Aufsichtsbehörden, nicht durch den Richter, zu entscheiden sind. Denn der Streit dreht sich nicht um den Bestand, noch um den gegenseitigen Rang der konkurrierenden Pfandrechte. Die Rekurrentin erklärt denn auch im Rekurs an das Bundesgericht ausdrücklich, sie bestreite weder die in Betreuung gesetzten Forderungen, noch die Grundpfandrechte, noch das Pfandrecht der Rekursgegner Bertschinger und Götz-Niggli an den Mietzinsen gemäss Art. 806 ZGB; was beanstandet werde, sei lediglich der Verteilungsmodus, die Art der Zuteilung der Mietzinse. Man hat es somit ausschliesslich mit der Anwendung der verfahrensrechtlichen Grundsätze und Vorschriften über die Verteilung des Pfanderlöses zu tun, woraus folgt, dass die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden gegeben ist.

2. — Wenn die Vorinstanz trotzdem auf die Sache materiell nicht eingetreten ist, so geschah es deshalb, weil sie die Legitimation der Rekurrentin zur Beschwerde über die im Pfandverwertungsverfahren erfolgte Verteilung verneint hat. Allein zu Unrecht. Denn Gegenstand der Beschwerde bildet die Zuteilung der Mietzinse, wie sie vom Betreibungsamt Zürich 2 aus den Pfandverwertungsbetreibungen in den « Kollokationsplan und Verteilungsliste in der Pfändungsgruppe No 176 » hinübergenommen wurde. Darauf dass bei Verwertung in der Grundpfandbetreuung die Pfändungsgläubiger nicht direkt an dem Verfahren beteiligt seien, dass ihnen der Anspruch auf Zustellung eines Kollokationsplanes und einer Verteilungsliste fehle, und folglich auch das Recht, sich über diese Verteilung zu beschweren (worauf die Vorinstanz als entscheidend abstellt), kommt daher nichts an. Die Pfändungsgläubiger haben zweifellos ein

rechtliches Interesse daran, dass bei Konkurrenz mit den Grundpfandgläubigern mit Bezug auf die Mietzinse der verpfändeten Liegenschaft die Verteilung der Zinse unter die verschiedenen Gläubigerkategorien den gesetzlichen Vorschriften entspreche, und sie sind befugt, gegen einen Verteilungsmodus, den sie als gesetzwidrig betrachten, sich auf dem Weg der Beschwerde über die ihnen im Pfändungsverfahren bekannt gegebene Verteilung zur Wehr zu setzen.

3. — Dem Eintreten auf die Beschwerde steht endlich auch nicht der Umstand entgegen, dass die streitigen Beträge von den Betreibungsämtern Zürich 1 und 6 bereits an die Grundpfandgläubiger ausbezahlt worden und die Pfandverwertungsbetreibungen abgeschlossen sind. Die Rekurrentin hat die Verteilungsliste in der Pfändungsbetreibung innert gesetzlicher Frist angefochten. Die vorzeitige gänzliche Auszahlung des Mietzins-erlöses an die Pfandgläubiger kann ihr daher nicht entgegengehalten werden. Es genügt in dieser Hinsicht, auf die Entscheide des Bundesgerichts in Sachen Wilczek, Strasser und Wyss (AS Sep.-Ausg. 12 No 25 und 56, 13 No 38, 15 No 37\*) hinzuweisen, worin ausgeführt ist, dass der Anspruch des Gläubigers an das Betreibungsamt auf Herausgabe des Erlöses der Betreuung nicht zivil-, sondern betreibungsrechtlicher Natur sei und durch die bereits erfolgte Ablieferung an einen zur Empfangnahme nicht legitimierten Dritten nicht berührt werde. Die Rekurrentin kann deshalb nicht auf den Weg der Schadenersatzklage gegen den Betreibungsbeamten oder der Bereicherungsklage gegen die aus den Mietzinsen befriedigten Pfandgläubiger verwiesen werden, sondern die Vorinstanz ist anzuhalten, auf die vorliegende Beschwerde einzutreten und sie materiell zu behandeln.

\* Ges.-Ausg. 35 I No 78 und 123, 36 I No 78, 38 I No 63.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- u. Konkurskammer  
erkannt:

Der Rekurs wird in dem Sinne begründet erklärt, dass der angefochtene Entscheid aufgehoben und die Sache zu materieller Behandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen wird.

26. Arrêt du 17 avril 1916 dans la cause  
Union vaudoise du Crédit.

L'office est tenu de saisir à nouveau les biens qui ont déjà été saisis et réalisés au cours de la poursuite, lorsque le créancier requiert cette saisie en prétendant que les objets appartiennent au débiteur.

A. — L'Union vaudoise du Crédit a exercé contre Gustave Chollet à Nyon, pour deux créances se montant au total de 4000 fr., les poursuites n° 2077 et 2195, en vertu desquelles l'office des poursuites de Nyon a saisi, le 9 juillet 1915, divers biens, notamment des objets mobiliers, taxés 579 fr.

A teneur du procès-verbal du 14 septembre 1915, les dits objets ont été vendus de gré à gré, pour le prix de taxe, à J. Noblet, à Duillier, beau-frère du débiteur. Tous les intéressés ont consenti à cette vente, qui a eu lieu au bureau de l'office, où Noblet a versé lui-même le prix de vente. Toutefois, les objets n'ont pas été déplacés; ils sont restés en la possession du débiteur Chollet, qui les détient encore aujourd'hui. Le produit de la vente a été réparti aux créanciers saisissants.

Les fonds versés par Noblet à l'Office proviennent d'un emprunt contracté par Chollet, sous le cautionnement de Noblet, auprès de l'Union vaudoise du Crédit.

Le 3 janvier 1916, cette créancière a requis de l'Office « de saisir à nouveau les mêmes biens mobiliers désignés sous n° 1 à 21 du procès-verbal de saisie du 5 juin 1915,

taxés 579 fr., bien rachetés et payés par le débiteur Chollet».

B. — L'office ayant refusé de faire droit à cette réquisition, l'Union vaudoise du Crédit a porté plainte à l'autorité inférieure de surveillance en demandant que le préposé soit invité à procéder à la saisie complémentaire requise le 3 janvier 1916.

Par décision du 15 février, le Président du Tribunal du district de Nyon a admis la plainte. Le débiteur Chollet a recouru contre ce prononcé à l'autorité cantonale de surveillance, laquelle a admis son recours et réformé la décision présidentielle. Les motifs de ce prononcé rendu le 21 mars 1916 sont en résumé les suivants: Le fait que des biens ont déjà été saisis et réalisés n'exclut pas en principe la possibilité de les saisir à nouveau au profit du même créancier et au préjudice du même débiteur. Mais on ne peut admettre sans exception cette saisie toutes les fois où le débiteur détient les biens saisis antérieurement et renvoyer dans tous les cas le tiers indiqué comme acquéreur dans le procès-verbal de vente à faire valoir ses droits conformément aux art. 106 et suiv. LP. En l'espèce, si l'argent avec lequel Noblet a payé les objets vendus provient d'un emprunt contracté par Chollet, il faut retenir que ce prêt a été accordé par l'Union vaudoise du Crédit elle-même, sous le cautionnement de Noblet. Ce dernier est en réalité le vrai débiteur de la Banque, et non Chollet, qui est insolvable. L'Union du Crédit savait que l'argent prêté servirait au rachat des meubles saisis; elle a consenti à la vente de gré à gré et elle ne peut prétendre saisir à nouveau les objets vendus puisque par là elle contesterait le droit de propriété du tiers acquéreur, alors qu'elle a elle-même favorisé cette acquisition. Il est inadmissible que la Banque fasse saisir une seconde fois des biens sur le produit desquels elle a touché une quote-part.

C. — L'Union vaudoise du Crédit a recouru en temps utile au Tribunal fédéral contre cette décision, qui lui a